

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH,
Frankfurt/Main

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Der nun schon sieben Jahre währende Konjunkturaufschwung der kapitalistischen Weltwirtschaft zeigt gegenwärtig einige Differenzierungserscheinungen. In den USA wird darüber gestritten, ob mit einer „weichen Landung“ der Konjunktur zu rechnen ist, oder ob eine neue Rezession bevorsteht. Auf jeden Fall scheint sich dort der laufende Zyklus seinem Ende zuzuneigen, die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten gehen stark zurück. Die US-Konjunktur ist u. a. wichtig für die weitere Entwicklung im asiatischen Raum, da die bis zuletzt rasche Expansion dort in hohem Maße exportbedingt ist und die USA der wichtigste Auslandsmarkt sind. Kommt es zu einer nachhaltigen Stagnation oder gar einer Rezession der amerikanischen Wirtschaft (die aktuellen Daten sind hier widersprüchlich und lassen die Dimension der bevorstehenden Abschwächung noch unklar), so wird dies auch den asiatischen Wachstumsprozeß bremsen.

In Westeuropa scheint die Konjunktur dagegen glänzend zu sein. Eine Ausnahme bildet lediglich Großbritannien, wo es nach einer Phase vor allem konsumgetriebenen kräftigen Wirtschaftswachstums zunehmend zu konjunkturellen Schwächererscheinungen zu kommen scheint.

Vor dem Hintergrund dieser Differenzierungen und wachsender außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte bei beschleunigter Internationalisierung bietet die Situation an den internationalen Finanzmärkten und an den Weltbörsen reichlich Diskussionsstoff. Der Kursstand von vor dem Krach 1987 ist entweder überschritten (Japan) oder doch wieder erreicht. Vor diesem Hintergrund nun wird darüber diskutiert, ob nicht eine erneute Korrektur des überhöht erscheinenden Kursniveaus eintreten muß – eine Gefahr, die bei stagnierenden oder gar sinkenden Unternehmensgewinnen wie in den USA sicherlich sehr akut ist.

Die Bundesrepublik steht konjunkturell derzeit besonders günstig da. Die Integration neuer Länder in den EG-Wirtschaftsraum und der tendenzielle weitere Abbau von Handelshemmnissen in Westeuropa, der 1993 abgeschlossen sein soll, stellt einen wichtigen Wirtschaftsstimulus für die BRD dar. Der hohe und immer noch steigende Überschuß im Außenhandel der BRD stützt Konjunktur und Wachstum hierzulande, ist aber auch mit wachsen-

den Ungleichgewichten innerhalb der EG verbunden. Gegenwärtig weisen alle großen EG-Mitgliedsstaaten wachsende Handelsbilanzdefizite auf, vor allem gegenüber der Bundesrepublik.

Das Tempo des bundesdeutschen Wirtschaftswachstums wird derzeit neben dem Außenhandel vor allem von der Investitionstätigkeit bestimmt, zunehmend im industriellen Bereich. Ein anhaltend hoher Auslastungsgrad der industriellen Produktionskapazitäten von etwa 89 Prozent treibt einen Investitionsprozeß an, bei dem das Erweiterungsmotiv an Gewicht gewinnt, ohne daß der Rationalisierungsprozeß sich verlangsamt. Derzeit sind 61 Prozent aller industriellen Investitionen mit der Einführung neuer Produktionsmethoden verbunden. Vor allem in den Investitionsgüterindustrien werden zusätzliche und hochmoderne Produktionskapazitäten geschaffen, wohl auch in der Hoffnung, weitere Stücke aus dem sich liberalisierenden „Europäischen Binnenmarkt“ schneiden zu können.

Im letzten Jahr hat das Problem der Inflation wieder an Gewicht gewonnen. Zur Jahresmitte 1989 haben sich die Preise allerdings eher wieder etwas stabilisiert, was vor allem mit außenwirtschaftlichen Einflüssen zu tun hat. Es bestätigt sich die Einschätzung, daß derzeit trotz der relativ hohen Auslastung der Produktionskapazitäten eine allgemeine Inflation nicht bevorsteht. Während in einigen Bereichen wie z.B. der Wohnungswirtschaft die Knappheitssituation zu teilweise exorbitanten Mieterhöhungen genutzt wird – was politisch gezielt gefördert worden ist –, stagnieren insbesondere die Lohnkosten. Der Index „Lohnkosten je Produkteinheit in der Gesamtwirtschaft“ lag z.B. im ersten Vierteljahr 1989 um weniger als ein Prozent über dem Stand von Anfang 1987.

Obwohl die Beschäftigung relativ stark ansteigt und die Gesamtarbeitslosigkeit bei starkem Zuwachs der Zahl der Arbeitsuchenden stagniert bzw. leicht rückläufig ist, beschleunigt sich der Prozeß der Umlverteilung zu Lasten der Löhne und Gehälter. Der Rückgang der strukturbereinigten Lohnquote unter den Stand der sechziger Jahre und der derzeitige Rückgang der Kaufkraft der Löhne und Gehälter bei glänzender Konjunktur und Gewinnen sind nur ein Indiz für einen verteilungspolitischen Skandal, der gleichwohl in den aktuellen sozialen Diskussionen und Ausein-

Nr. 3/1989 – September

andersetzungen nur eine geringe Rolle spielt. Vielmehr haben „qualitative“ Aspekte in den Auseinandersetzungen offensichtlich oft einen höheren Stellenwert, wie die Konflikte in der Druckindustrie und die Bewegungen im Einzelhandel und im Gesundheitsbereich deutlich machen.

Diese Tatsache darf allerdings nicht dazu führen, die Verteilungspolitik und die damit verbundene „quantitative“, materielle Komponente außer acht zu lassen. Der aktuelle Verteilungspolitische Skandal ist vielmehr ein zentrales Moment des konservativen Umbaukonzepts und muß somit in den entsprechenden Gegenstrategien ebenfalls eine wichtige Rolle spielen. Dies dürfte aber im Rahmen eines koordinierten, alle Ebenen der Arbeits- und Lebensbedingungen umfassenden Strategie sicher sinnvoller sein als mit Hilfe kurzatmiger und zudem zweischneidiger Nachschlagsdiskussionen.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft
- 1.2 Produktion
- 1.3 Industriebranchen
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Außenwirtschaft

2 Unternehmergevinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmergevinne
- 2.2 Konzentration
- 2.3 Die Rüstungsindustrie der BRD

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Preise
- 3.3 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

4 Gewerkschaftliche Kämpfe

- 4.1 Frauenstreiks im Einzelhandel
- 4.2 Tarifbewegung im Pflegebereich

1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft

Nach den amtlichen Prognosen von Regierungen und internationalen Organisationen dürfte die kapitalistische Weltwirtschaft auch 1989 und 1990 beachtliche Wachstumsraten aufweisen. Die bürgerlichen Kommentatoren sprechen zwar von einer Verlangsamung insbesondere der US-Wirtschaft, aber diese soll die Form einer „weichen Landung“ annehmen. Der bekannte US-Nationalökonom John K. Galbraith nennt diese Definition eine Heuchelei: „Wen glaubt Alan Greenspan zu verschaukeln, wenn er zwischen weicher Landung und Rezession unterscheidet? Es gibt keinen Unterschied. Vielleicht rechnet der Zentralbankpräsident damit, daß die englische Sprache solche Haarspaltereien erlaubt.“

In der Tat häufen sich die drohenden Wolken am Horizont der kapitalistischen Weltwirtschaft: Die Arbeitslosigkeit bleibt in den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern hoch; die Inflation erlebt einen neuen Aufschwung; zu dem Ungleichgewicht der Leistungsbilanzen zwischen den USA und Großbritannien einerseits und Japan und der Bundesrepublik andererseits kommt das Ungleichgewicht innerhalb der EG hinzu; ungelöst bleibt die Frage der Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer.

Die Unschlüssigkeit in der Währungspolitik der entwickelten kapitalistischen Länder wird von der Bank für internationale Zahlungsausgleich offen kritisiert. So schreibt die Basler Institution in ihrem neuesten Geschäftsbericht: „Im vorigen Jahre mußte die Kreditpolitik der meisten Industrieländer von einer Unterstützung der Wirtschaftstätigkeit auf eine Linie umschwenken, die darauf zielte, ein Wiederaufkommen der Inflation zu verhindern. Es ist durchaus möglich, daß die Inflationserwartungen der Kapitalmärkte unter Kontrolle gehalten werden, auch wenn sich die Wirtschaftstätigkeit nur langsam auf die Restriktionen der Währungsbedingungen einzustellen scheint. Im Frühjahr glaubten die Währungshüter an eine „weiche Landung“ und warteten auf die Wirkungen der restriktiven Maßnahmen. Inzwischen mehren sich die Spannungssignale bei Preisen und Löhnen, und es bleibt abzuwarten, ob die Währungspolitik inflationsdämpfend wirken wird“ (Bank für internationale Zahlungsausgleich, 59. Geschäftsbericht, Juni 1989, S. 175).

Im Vergleich zu 1982, dem Jahre der Verschuldungskrise der Entwicklungsländer, hat sich die Lage nur für wenige dieser Länder gründlich verbessert, Ende 1988 erreichte der Stand der Auslandsverschuldung aller Entwicklungsländer 1240 Milliarden Dollar: Die Verhältnisse Schulden/BSP und Schulden/Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen waren mit 36 bzw. 142 Prozent noch höher als im Jahre 1982, als sie 31 bzw. 120 Prozent betragen. Für viele Länder wirkt sich der abrupte Rückgang der neuen Kredite verhängnisvoll aus: Während die Kreditgewährung 1982 94 Milliarden Dollar ausmachte, schrumpfte sie 1988 auf 31,5 Milliarden. In den Jahren 1983–1988 standen den neuen Krediten in Höhe von 287 Milliarden Zinszahlungen von 530 Milliarden gegenüber! Dieser Kapitaladerlaß wurde mit einer starken Absenkung des Lebensniveaus der breiten Massen in den Entwicklungsländern erkauft und durch die Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) erzwungen. Wie die Direktorin des Transnationalen Instituts in Amsterdam, Susan George, schreibt: „Je mehr ein Land auf die Hilfe des IWF angewiesen ist, desto strenger werden die Auflagen. Diese müssen ange-

nommen werden, weil ohne das „Zustimmungssiegel“ des IWF keine öffentliche oder private Instanz neue Kredite zusagen würde. Das vom IWF verordnete Sparprogramm verfolgt zwei Ziele: höhere Erlöse und niedrigere Ausgaben. Weniger ausgeben heißt Haushaltsskürzungen vornehmen, von denen das Gesundheitswesen, das Bildungswesen und im allgemeinen die Sozialausgaben betroffen sind“ („Rinascita“, Nr. 28, 22. Juli 1989, S. 22).

Wie aus der Abbildung hervorgeht, dürfte sich die Zunahme des Bruttosozialproduktes zu konstanten Preisen 1989 verlangsamen: Die OECD-Schätzungen sind für die USA, Großbritannien und Kanada wahrscheinlich zu hoch angesetzt. Die Bruttoanlageinvestitionen sollten weiterhin überdurchschnittlich steigen: Ihr Anteil am BSP ist aber für die entwickelten kapitalistischen Länder insgesamt noch um 2 Prozentpunkte niedriger als vor zehn Jahren.

Veränderung der Industrieproduktion 1987–1989 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

1987	1988 ¹		1989 ¹			
	Jahr	3. VJ.	4. VJ.	1. VJ.	2. VJ. ²	
USA	3,8	5,7	5,8	5,0	4,5	3,5
Japan	3,5	9,2	8,6	7,9	7,1	7,0
BRD	0,4	3,6	3,9	3,8	4,8	3,5
Frankreich	2,0	4,5	5,5	4,6	4,1	4,5
Großbritannien	3,8	3,3	4,0	2,7	1,2	-0,5
Italien	2,7	6,0	5,6	6,7	3,5	2,5
Kanada	5,1	6,0	5,7	2,5	1,2	1,0

1 Saisonbereinigte Angaben

2 Vorläufige Zahlen

(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Ifd.)

Die Wachstumsverlangsamung ist bei der Industrieproduktion deutlich zu spüren: Besonders ausgeprägt scheint diese Entwicklung in Großbritannien, aber auch in den USA und Kanada zu sein, während in Japan und Frankreich die Zuwachsrate auch im zweiten Vierteljahr 1989 hoch bleiben.

Veränderungen der Lebenshaltungskosten 1987–1989 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

1987	1988		1989			
	Jahr	3. VJ.	4. VJ.	1. VJ.	2. VJ. ¹	
USA	3,6	4,0	4,1	4,2	4,8	5,3
Japan	0,1	0,7	0,6	1,1	1,1	2,7
BRD	0,2	1,2	1,2	1,6	2,7	3,1
Frankreich	3,1	2,6	2,8	3,0	3,3	3,6
Großbritannien	4,1	5,0	5,5	6,7	8,0	8,3
Italien	4,7	5,0	4,9	5,1	6,1	6,8
Kanada	4,4	4,0	3,9	4,2	4,5	5,0

1 Vorläufige Zahlen

(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Ifd.)

Die Tabelle zeigt, daß die Verteuerung der Lebenshaltungskosten einen neuen Schub erfahren hat, der sowohl auf den Anstieg der Weltmarktnotierungen für die primären Produkte (Erdöl und Rohstoffe) insgesamt als auch auf Binnenmarkt faktoren (Großbritannien) und auf steuerliche Maßnahmen (Japan, BRD und Italien) zurückzuführen ist.

Arbeitslosigkeit 1985–1989 in 1000 in den größten kapitalistischen Ländern

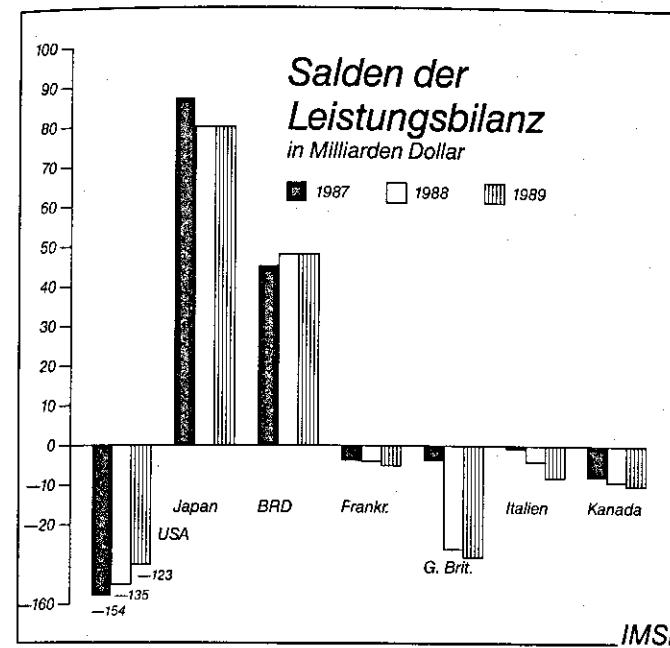
1985	1986	1987	1988 ¹		1989 ¹	
			1. HJ.	2. HJ.	1. HJ.	2. HJ.
USA	8312	8237	7425	6778	6611	6500
Japan	3150	3300	3450	3200	3050	2900
BRD	2304	2228	2229	2257	2215	2000
Frankreich	2458	2517	2622	2550	2570	2500
Großbritannien	3163	3185	2880	2425	2164	1900
Italien	2327	2611	2832	2898	2872	2850
Kanada	1328	1236	1150	1023	1038	1050
Zusammen	23042	23314	22588	21131	20520	19700

1 Saisonbereinigte Angaben

2 Vorläufige Zahlen

(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Ifd.)

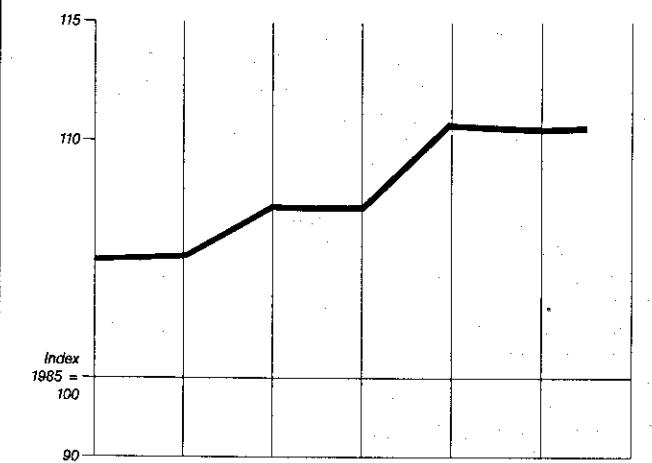
Die Arbeitslosigkeit ist in einzelnen Ländern stark zurückgegangen, aber selbst die optimistischen Prognosen der OECD für das Wirtschaftswachstum rechnen mit einem Wiederanstieg der Arbeitslosenzahlen für 1990, die das Niveau von 28 Millionen für den gesamten OECD-Raum übersteigen sollte: „Die Arbeitslosigkeit bleibt eins der deutlichsten Zeichen der anhaltenden Ungleichgewichte in der Wirtschaft der OECD-Länder.“



Salden der
Leistungsbilanz
in Milliarden Dollar

■ 1987 □ 1988 ■ 1989

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe



Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni ²
Insgesamt	+ 7,3	+ 4,5	+ 4,4	+ 7,6	+ 1,8	+ 3,2
Grundstoffe und Produktionsgüter	+ 6,5	+ 3,3	+ 3,7	+ 4,3	+ 0,3	+ 2,6
Investitionsg.	+ 10,7	+ 6,6	+ 6,1	+ 11,8	+ 3,5	+ 5,8
Verbrauchsg.	+ 3,9	+ 2,8	+ 0,3	+ 6,8	+ 3,2	+ 1,5

1 1989 in % gegenüber dem Vorjahr

2 Vorläufig

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Die Auftragsentwicklung ergibt noch deutlicher das Bild einer anhaltenden wirtschaftlichen Expansion. Dies gilt für die Inlandsaufträge, in weit höherem Maße aber für die Auslandsbestellungen.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

	1988		1989		
1. VJ.	2. VJ.	3. VJ.	4. VJ.	1. VJ.	2. VJ.
103,9	106,6	110,9	110,1	112,7	116,0

1 Volumen, Index 1985 = 100

(Quelle: Deutsche Bundesbank, saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Ifd.)

Besonders stark expandieren immer noch die Aufträge im Investitionsgüterbereich, wie vor allem der Vorjahresvergleich deutlich macht. Während das Auftragsvolumen im Zweimonatszeitraum Mai/Juni insgesamt um rund neun Prozent über dem Vorjahresstand lag, verzeichneten die Hersteller von Investitionsgütern eine Zuwachsrate von 13 Prozent.

Lediglich im Steinkohlenbergbau zeichnen sich Förderrückgänge und Krisenerscheinungen ab. Ansonsten aber wurden die ohnehin schon günstigen Erwartungen der Unternehmen und Verbände vom Jahresbeginn im ersten Halbjahr 1989 zumeist noch übertragen.

Die eisenschaffende Industrie hat das rasante Expansionstempo des Vorjahres erwartungsgemäß nicht halten können. Im ersten Halbjahr 1989 wurde die Rohstahlerzeugung nochmals leicht um dreieinhalb Prozent ausgeweitet, was, bezogen aufs Jahr, einer Stabilisierung auf dem erreichten hohen Niveau von 1988 entspricht. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) geht davon aus, daß die Stahlerzeugung 1989 bei etwa 41 Millionen Jahrestonnen liegen wird und damit – bei einer Gesamtkapazität von 47 Millionen Jahrestonnen – ein hoher Auslastungsgrad (etwa 87 Prozent) gehalten werden kann. Erst für 1990 wird mit einem gewissen Produktionsrückgang gerechnet. Der Personalausbau sei demnach nach der Jahresmitte 1988 zum Stillstand gekommen – was auch als ein Ergebnis der Arbeitszeitverkürzung gewertet werden kann.

Die chemische Industrie hat die Erzeugung im ersten Halbjahr 1989 um gut drei Prozent erhöht, vor allem in den Bereichen Kunststoff, Chemiefasern und Klebstoffe. In einigen Sparten der Grundstoffproduktion sei nach Angaben des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) die Kapazitätsgrenze erreicht. Die Branche plant infolgedessen anhaltend hohe Investitionen, im laufenden Jahr sollen diese wiederum um etwa fünfzehn Prozent gesteigert werden. Besonders kräftig steigen die Auslandsaufträge, sie bilden die wichtigste Stütze der glänzenden Branchenkonjunktur.

Der Maschinenbau profitiert in hohem Maße von der national und international (vor allem in Westeuropa) günstigen Investitionskonjunktur. Eine Produktionszuwachsrate von fast sieben Prozent im ersten Halbjahr 1989 wird noch übertragen von zweistelligen Zuwachsraten bei den Auftragseingängen.

Die Elektroindustrie verspürt ebenfalls die Auswirkungen der steigenden Investitionstätigkeit. Mit einem Produktionszuwachs von acht bis neun Prozent im ersten Halbjahr 1989 und Steigerungsraten bei den Aufträgen von neun bis zehn Prozent sind die weiteren Aussichten bis ins Jahr 1990 hinein ungetrübt. Auch hier expandiert vor allem das Auslandsgeschäft, ohne daß die Inlandsaufträge zurückbleiben.

Überraschend stabil bleibt die Produktions- und Absatzlage in der **Automobilindustrie**. Entgegen den Erwartungen vom Jahresbeginn hat sich die Aufwärtsentwicklung weiter fortgesetzt. Im ersten Halbjahr 1989 erhöhte sich die Erzeugung von PKW sogar um fünf Prozent auf 2,2 Millionen Einheiten. Dabei war dieser Zuwachs allerdings ausschließlich der kräftigen Exportzunahme um elf Prozent zu verdanken. Offensichtlich hat die Abwertung der DM im ersten Halbjahr 1989 den Export nochmals stimuliert. Die inländischen Zulassungsziffern sprechen allerdings dafür, daß sich im weiteren Jahresverlauf die schon länger erwarteten Abschwächungserscheinungen durchsetzen werden.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen ¹				
	4. Vj. 1988	1. Vj. 1989	April	Maß ²
Produzierendes Gewerbe insges.	+ 3,7	+ 5,2	+ 7,6	+ 1,8
Eisenschaffende Industrie	+ 14,6	+ 4,6	+ 14,7	+ 0,6
Chemische Industrie	+ 5,5	+ 3,9	- 0,1	+ 0,6
Maschinenbau	+ 2,9	+ 9,0	+ 17,9	+ 7,9
Straßenfahrzeugbau	+ 1,8	+ 6,6	+ 11,6	+ 2,4
Elektrotechnik	+ 6,4	+ 9,0	+ 11,4	+ 5,5
EDV-Geräte	+ 1,5	- 1,5	- 6,7	- 8,5
Textilgewerbe	- 2,5	- 1,0	+ 2,2	- 0,5
Bekleidungsgewerbe	- 4,0	- 3,0	+ 4,5	- 9,6
Bauhauptgewerbe	- 1,3	+ 20,5	0,0	- 6,5

¹ In % gegenüber dem Vorjahr

² Vorläufig
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Ifd.)

Weniger freundlich ist das Bild in den **Textil- und Bekleidungsindustrien**, wo Produktion und Auftragseingänge stagnieren bzw. nur

minimal aufwärts gerichtet sind. Die günstige Konsumkonjunktur hat sich hier kaum positiv niedergeschlagen, entscheidend für die Branche sind die Entwicklungen in der Außenwirtschaft.

Dagegen haben sich die Perspektiven in der Bauwirtschaft nachhaltig aufgehellt. Für dieses Jahr wird eine erneute Zunahme des Bauvolumens um 4,5 Prozent erwartet, wobei erstmals wieder der Wohnungsbau überdurchschnittlich expandieren soll. Der Rückgang der Beschäftigungsziffern scheint vorerst gestoppt, wobei das statistische Bild allerdings auch stark durch den zweiten milden Winter nacheinander beeinflußt wird. Immerhin war die Beschäftigung des Bauhauptgewerbes im ersten Vierteljahr 1989 sogar minimal höher als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Klagen des Gewerbes über Arbeitskräftemangel sollten allerdings nicht allzu ernst genommen werden. Mit Ausnahme bestimmter spezifischer Qualifikationen verfügt das Baugewerbe bei fast 90 000 registrierten arbeitslosen Bauarbeitern noch über reichlichen personalpolitischen Spielraum.

1.4 Investitionen

Die Investitionstätigkeit ist gegenwärtig neben dem Außenhandel die tragende Kraft der konjunkturellen Aufwärtsbewegung. Das Tempo der Investitionszunahme hat sich 1989 nicht verringert, wobei die Ausrüstungsinvestitionen besonders stark expandieren.

Investitionen in der Gesamtwirtschaft¹

	1988	1989	1990 ²
Ausrüstungen	+ 7,5	+ 7,0	+ 6,5
Bauten	+ 4,5	+ 5,0	+ 2,5
Anlageinvestitionen			
insgesamt	+ 5,8	+ 5,5	+ 4,0

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr, feste Preise

² Prognose des DIW
(Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW-Wochenbericht 26-27/1989)

Besonders kräftig expandieren gegenwärtig die industriellen Investitionen, geplant sind in der verarbeitenden Industrie zusätzliche Investitionsausgaben von preisbereinigt zehn Prozent gegenüber 1988. Besonders starke Investitionszunahmen sind in der chemischen Industrie (+ 15 Prozent) und im Luft- und Raumfahrtzeugbau (+ 15 Prozent) geplant, aber auch der Maschinenbau, der Straßenfahrzeugbau und die Elektrotechnik planen jeweils um zehn Prozent höhere Investitionsausgaben. Etwas geringer ist die Steigerung bei den Verbrauchsgüterproduzenten, allerdings sind auch hier durchschnittlich achtprozentige Zuwachsraten angestrebt.

Die Bedeutung des Erweiterungsmotivs bei den geplanten Investitionen hat in der letzten Zeit doch stark an Gewicht gewonnen, wenn auch die Spitzenwerte von Anfang der siebziger Jahre noch lange nicht wieder erreicht sind.

Zielsetzung der Investitionen¹

	1987	1988	1989
Kapazitätserweiterung	40	45	46
Rationalisierung	37	34	35
Ersatzbeschaffung	23	21	19

¹ Anteile in %, Planungen der Unternehmen, It. Frühjahrsumfrage 1989
(Quelle: Ifo-Schnelldienst 17-18/1988)

Mit der Verbesserung der Auslastung und der deutlichen Aufhellung der Absatzaussichten haben sich die Investitions motive, wie sie ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Unternehmensbefragungen des Ifo-Instituts finden, deutlich verschoben. In der entsprechenden Frühjahrsumfrage 1988 überwog noch der Eindruck (trotz auch damals schon relativ hoher Kapazitätsauslastung), daß der Anteil der Erweiterungsinvestitionen eher weiter zurückgehen würde. Offensichtlich beeinflußt die Gesamtlage nicht nur die realen Investitionsvorhaben, sondern auch ihre Begründung durch die Unternehmen. Denn in der Regel hat eine Investition sowohl einen Rationalisierungs- wie einen Kapazitätserweiterungseffekt. Welcher Aspekt jeweils in den Vordergrund gestellt wird, hängt offensichtlich auch von der Gesamtstimmung und der tatsächlichen Auslastung ab. Daß die Rationalisierungstätigkeit trotz des gesunkenen Anteils der Rationalisierungsinvestitionen nicht zurückgeht, zeigt

der Anteil der Investitionen, der mit der Einführung neuer Produktionsmethoden verbunden ist: Dies trifft nach den Ifo-Befragungen 1989 auf 61 Prozent der Investitionsvorhaben zu, gegenüber 53 Prozent im Jahre 1985. Besonders hoch ist dieser Prozentsatz mit 71 Prozent im investitionsgüterproduzierenden Gewerbe.

1.5 Außenwirtschaft

Der Außenhandel mit Waren und Dienstleistungen hat in den letzten Monaten weiter stark zugenommen. Erstmalig seit langer Zeit ist es sogar in der Bilanz der Dienstleistungen zu einem leichten Überschuß gekommen: Dies hängt mit den hohen Zinserträgen aus Auslandskapitalanlagen zusammen, die statistisch als Dienstleistungsexport gezählt werden. Diese Einnahmen blähen im übrigen auch das Bruttonsozialprodukt (BSP) auf, da die Nettokapitalerträge aus dem Ausland ein Bestandteil des BSP sind. Daher wird für 1989 eine reale Zunahme des BSP um 3,5 Prozent erwartet, während das Bruttoinlandsprodukt (BIP), welches nur die im Inland erzeugten Güter und Leistungen bezeichnet, lediglich um drei Prozent zunehmen soll. Die hohen Auslandskapitalerträge spiegeln einerseits das gewachsene bundesdeutsche Auslandsvermögen wider, sind aber auch den hohen Auslandszinsen und der zeitweiligen Dolarauflistung zu verdanken.

Kern des Leistungsbilanzüberschusses, der im ersten Halbjahr 1989 mit etwa 60 Milliarden DM nochmals um 20 Milliarden höher ausgefallen ist als 1988, ist aber der Überschuß im Warenhandel.

Außenhandel der BRD

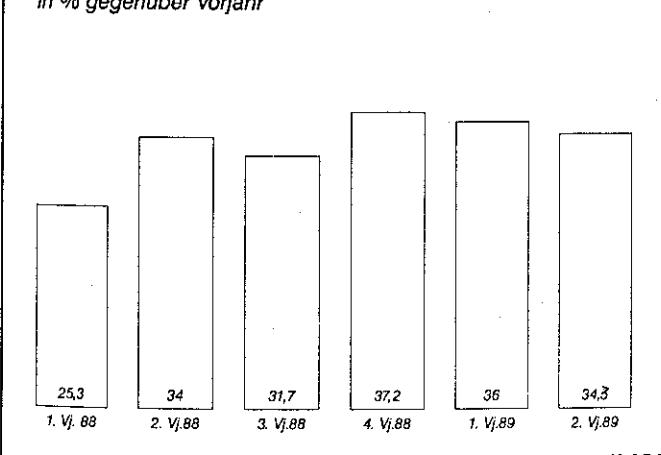
	Exporte Mrd. DM	% ¹	Importe Mrd. DM	% ¹	Saldo Mrd. DM	% ¹
1. Vj. 88	128,3	+ 0,8	103,0	+ 3,5	+ 25,3	- 9,2
2. Vj. 88	143,8	+ 11,2	111,4	+ 9,6	+ 34,0	+ 22,3
3. Vj. 88	138,9	+ 8,9	107,2	+ 7,7	+ 31,7	+ 13,2
4. Vj. 88	159,5	+ 11,5	122,3	+ 12,3	+ 37,2	+ 9,1
1. Vj. 89	156,2	+ 21,7	120,2	+ 16,7	+ 36,0	+ 42,3
2. Vj. 89	165,3	+ 15,0	131,0	+ 17,6	+ 34,3	+ 1,0

¹ In % gegenüber dem Vorjahr, Spezialhandel, letzte Zahl vorläufig

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Außenhandel der BRD

in % gegenüber Vorjahr



Was den Kapitalverkehr betrifft, so hatte der Nettokapitalexport der Bundesrepublik 1988 mit über 120 Milliarden DM einen Rekord erreicht. Auch im ersten Quartal 1989 blieb er auf diesem extrem hohen Niveau. Im zweiten Vierteljahr, nach der Entscheidung über die Abschaffung der erst 1989 in Kraft getretenen Quellensteuer, ist der Kapitalexport tatsächlich etwas abgeflaut. Im langfristigen Kapitalverkehr hat sich die Bilanz im Juni sogar umgekehrt, d. h., die Kapitalimporte überwogen etwas die entsprechenden Exporte. Allerdings bleibt der Kapitalabfluß (vor allem im kurzfristigen Bereich) insgesamt auch im zweiten Vierteljahr mit 25 Milliarden DM immer noch sehr hoch.

2 Unternehmengewinne und Konzentration

2.1 Unternehmengewinne

Die überraschend günstige Konjunktur Entwicklung in der Bundesrepublik und im gesamten kapitalistischen Bereich hat dazu geführt, daß die Profite der Unternehmen kräftiger gestiegen sind als vielfach erwartet und daß sich die Verteilung des Volkseinkommens weiter zugunsten des Kapitals verschoben hat. Nachdem im Vorjahr die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen brutto um 4,0 und netto um 5,5 Prozent gestiegen waren, sieht die Bilanz für das laufende Jahr blendend aus – und die Perspektiven kaum weniger:

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (in v. H. ggü. Vorj.)

Jahr	1988	1989*	1990*
Prozent	8,5	9,0	7,5

* Schätzung
(Quelle: DIW-Wochenbericht 26-27/89, S. 294)

Das WSI hat sich in einer Studie (WSI-Mitteilungen 7/89, S. 361 ff.) die Mühe gemacht, aus solchen Zahlen die Vermögenseinkommen herauszurechnen. Danach zeigt sich, daß die eigentlichen Unternehmerprofite sogar um 11,1 Prozent (Vorjahr 5,7) gestiegen sind. Wobei das Zurückbleiben der gesamtwirtschaftlichen Vermögenseinkommen nicht etwa durch gesunkene Zins- oder Dividendeneinkommen zu erklären ist, sondern durch die um 7,1 Milliarden niedrigere Gewinnabführung der Bundesbank an den Bund. Die Einkommen aus unselbstständiger Arbeit stiegen demgegenüber (brutto) um 3,8 Prozent (pro Kopf um 3,0 Prozent).

Daß dies keine kurzfristige Entwicklung ist, zeigen die Zahlen für die achtziger Jahre insgesamt. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind von 1980 bis 1988 brutto um 80, netto um 93 Prozent gestiegen, d. h. um 10,0 bzw. 11,6 Prozent im Jahresdurchschnitt. Daß die Profite der Großunternehmen (mit eigener Rechtspersönlichkeit, d. h. AGs, GmbHs usw.) noch stärker, nämlich um brutto 98 und netto 133 Prozent (Jahresdurchschnitt 1

zwischen dem Niveau der Steuerbelastung von Lohn- und Gehaltsempfängern. Das ist besonders bemerkenswert vor dem Hintergrund der anhaltenden „Standortdebatte“ in der BRD sowie konkreter Pläne der Regierungskoalition, im Falle eines Siegs bei den nächsten Bundestagswahlen die Unternehmenssteuern kräftig zu senken.

Zu den prosperierendsten Kapitalfraktionen gehören die Banken. Was sich bei der Analyse der Gewinnsituation 1988 der drei größten Banken zeigte (INFORMATIONEN 3/89, S. 6), bestätigte im Monatsbericht August '89 die Deutsche Bundesbank für das Bankkapital insgesamt. Nach dem durch den Börsenkrach 1987 bedingten Gewinneinbruch werden für 1988 „insgesamt wieder bessere Gewinnabschlüsse“ bescheinigt. Der Jahresüberschuss vor Steuern stieg um 12,5 Prozent und erreichte mit 21,9 Milliarden DM einen neuen Rekord. Das Geschäftsvolumen ist um 6,5 Prozent gestiegen. Das Betriebsergebnis (Zins- und Provisionsüberschuss abzüglich Verwaltungsaufwand) stieg allerdings nur um 1,6 Prozent auf 27,2 Milliarden. Die Profite wurden demnach vor allem durch das außerordentliche Geschäft erzielt: Devisen- und Wertpapiertransaktionen.

Dementsprechend konzentrierte sich die Zunahme des Jahresüberschusses auf die Großbanken (+ 1,6 Milliarden), die Girozentralen und die Kreditgenossenschaften (je + 0,4 Milliarden). Bei den Großbanken stieg die Gewinnspanne (Jahresüberschuss in Prozent des Geschäftsvolumens) von 0,61 auf 0,89 Prozent. Das laufende Jahr wird möglicherweise ein neues Rekordjahr in der Geschichte des deutschen Bankkapitals werden. Die Sparteninstitute Deutsche und Dresdner Bank jedenfalls rechnen damit. In ihren Halbjahresberichten meldeten sie enorme Steigerungen schon beim regulären Geschäft. Bei der Deutschen Bank stieg das Teilbetriebsergebnis um 24 Prozent auf 1255 Millionen DM, bei der Dresdner um 14,8 auf 485 Millionen (jeweils Zahlen der AG). Die Commerzbank stagnierte mit 0,6 Prozent (340 Millionen). Da gerade diese Banken besonders hohe Profite im (hier nicht erfaßten) außerordentlichen Geschäft erzielen, dürften aber bei allen drei die Perspektiven sonnig sein. (Zahlen aus Handelsblatt, 7. 8. 1989.)

2.2 Konzentration

Die Mitteilung ist zwar nicht originell, darf aber trotzdem nicht unbeachtet bleiben: Nachdem im Jahr 1988 abermals alle Rekorde bei den Kapitalzusammenschlüssen gebrochen worden sind, setzt sich diese Entwicklung 1989 unvermindert fort. Bemerkenswert ist, daß dies nicht nur bei den Unternehmensfusionen (Kapitalzentralisation) der Fall ist, sondern auch auf dem Gebiet der Kapitalkonzentration im Marxschen Sinne: der Vergrößerung durch Akkumulation und durch Mobilisierung von Kapital über die Börse.

Die „Wirtschaftswoche“ hat ermittelt, daß im ersten Halbjahr 1989 neue Aktien im Wert von gut 5,4 Milliarden DM über die Börse emittiert worden sind – 1,6 Milliarden mehr als im ganzen Jahr 1988 (WiWo 29, 14. 7. 1989, S. 52).

Die zehn größten Kapitalerhöhungen 1988 (in Mio. DM)

Unternehmen	Kapitalerhöhung um	(nominal) auf	effektiver Betrag
Dt. Bank	142,0	1918,0	1278,0
Veba	219,0	2215,0	1051,2
Henkel	57,5	690,0	511,8
Linde	49,5	288,7	495,0
Bay. Vereinsbank	72,0	648,0	396,0
Bertelsmann	132,0	527,3	231,0
BHF-Bank	25,8	269,0	193,8
Ph. Holzmann	22,5	112,5	157,5
Zanders	40,0	140,0	144,0
Gehe	20,3	81,0	111,4

(Quelle: Wirtschaftswoche, 14. 7. 1989)

Diese Entwicklung ist zu verstehen als Vorbereitung auf neue Konkurrenzbedingungen im EG-Rahmen nach 1992; sie wird gefördert durch das hohe Niveau der Börsenkurse ebenso wie durch die großen Mengen an frei verfügbaren Finanzmitteln im Unternehmens-

bereich. Die Masse der neuen Aktien wird nicht von Kleinanlegern gekauft, sondern von anderen Firmen. Daß das so bleibt, dafür sorgen schon die Banken, die die Kapitalerhöhungen (gegen eine respektable Gewinnspanne) an der Börse organisieren. Sie sind auf diese Weise in der Lage, die Eigentums- und Einflußstränge innerhalb des Monopolkapitals sehr weitgehend zu steuern. Die zehn zahlungskräftigsten Konzerne der BRD konnten im letzten Jahr fast 72 Milliarden DM an flüssigen Mitteln einsetzen, Siemens allein 24 Milliarden (WiWo, ebd. S. 24).

Wenn im Zuge einer Kapitalerhöhung ein fremdes Unternehmen neue Aktien kauft, dann kann auch das ein Weg sein, um den Einfluß auf die emittierende Gesellschaft zu erhöhen. Der Normalfall allerdings ist immer noch die „klassische“ Fusion. Das Bundeskartellamt konstatiert in seinem jüngsten Bericht (siehe unten) für 1989 nicht nur einen abermaligen Rekord, sondern auch eine lange nicht dagewesene Steigerungsrate bei den Unternehmenszusammenschlüssen.

Zu den spektakulärsten Fällen der jüngsten Zeit gehört der Erwerb eines 40-Prozent-Pakets an der Feldmühle Nobel AG durch die Veba, Mitte Mai. Die Flick-Erben, denen die Anteile vorher gehörten, haben 1,3 Milliarden dafür kassiert. Fast zeitgleich hatte die Veba eine „vertiefte Zusammenarbeit“ mit der französischen Atomgesellschaft Cogema – und in diesem Zusammenhang den Ausstieg aus der WAA Wackersdorf – verkündet. Die Veba gilt als besonders habiger Aufkäufer von Firmen. Schon im Frühjahr 1988 war sie in einer Untersuchung als aktivster BRD-Konzern auf diesem Gebiet bezeichnet worden. Sie hatte im Jahr vorher 40 in- und ausländische Firmen unter ihre Kontrolle gebracht (Frankfurter Rundschau vom 20. 5. 1988).

Anfang Juni 1989 gab die erst kürzlich privatisierte ehemals bundeseigene Viag AG bekannt, daß sie von der Deutschen Bank deren Anteile am Stahlhandelshaus Klöckner & Co übernehmen will. Die Bank hatte Klöckner im Oktober letzten Jahres zum Zweck der Sanierung gekauft. Ihr Profit beim Wiederverkauf wurde vom Handelsblatt als „angemessen“ vermutet; der Verkaufspreis lag zwischen 700 und 800 Millionen.

Ebenfalls im Juni wurde die Öffentlichkeit mit Plänen zu einer Fusion im Stahlbereich überrascht: Krupp will mit Salzgitter zusammengehen. Am Fusionskarussell dreht auch die Ph. Holzmann AG durch ihren Einstieg beim Kesselbauspezialisten Steinmüller. Kurz nach Bekanntwerden dieser Pläne im Juni beteiligte sich die Advanta Management AG an Holzmann; stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Advanta ist J. Semler von Daimler-Benz. Da wiederum die Deutsche Bank an Daimler-Benz beteiligt ist, liegt die Vermutung nahe, daß sie das Ganze eingefädelt hat.

Die Deutsche Bank hat die Übernahme von 97,5 Prozent der Hutschenreuther AG durch WMF organisiert. Und sie steht hinter den immer noch nicht beendeten Bemühungen um eine Fusion von Daimler-Benz mit MBB. Hier war Anfang August ein neuer Akzent durch ein Gutachten der Monopolkommission gesetzt worden. Darin war dem Bundeswirtschaftsminister empfohlen worden, entgegen dem Fusionsverbot durch das Kartellamt den Zusammenschluß mit Auflagen zu genehmigen. Der Vorsitzende der Kommission trat aus Protest gegen die Entscheidung zurück. Daimler-Benz und MBB haben die empfohlenen Auflagen (u. a. Ausgliederung und Verkauf von Teilen der Militärtechnik) postwendend abgelehnt.

Im Spätsommer 1989 zeichnete sich ab, daß die seit dem letzten Herbst andauernde „Belagerung“ (so der Börsenjargon) des englischen Elektrokonzerns Plessey durch Siemens und General Electric doch noch erfolgreich sein wird. Obwohl das Management von Plessey sich erbittert und zeitweise erfolgreich gegen die „unfreundliche Übernahme“ wehrte, setzen sich Macht und Finanzpolster der beiden „Eroberer“ offensichtlich durch.

Nach der Übernahme der IBM-Tochter Rolm in den USA (vgl. INFORMATIONEN 2/89, S. 8) wird dies die zweite Großfusion binnen Jahresfrist sein, die Siemens inszeniert. Nach der Rolm-Übernahme ist der Konzern weltweit größter Anbieter privater Telefonbenstellenanlagen. Das Plessey-Engagement bringt vor allem Zuwächse auf den Gebieten öffentliche Vermittlungssysteme, Mikro-

elektronik und Rüstungselektronik. Bei letzterer wird der Umsatz (derzeit über eine Milliarde DM) fast verdoppelt werden.

Nach dem bisherigen Stand der Dinge müßte Siemens 1,25 Milliarden £ (3,4 Milliarden DM) für das Plessey-Engagement auf den Tisch blättern; zusammen mit dem Kauf von Rolm werden dann weit über vier Milliarden DM zu zahlen sein (Handelsblatt vom 7. 8. 1989, Frankfurter Rundschau vom 17. 8. 1989).

Mitte Juni hatte das Bundeskartellamt seinen Zweijahresbericht 1987/1988 vorgelegt. Darin war – wie schon erwähnt – von einer abermaligen Zunahme der Konzentration in der BRD-Wirtschaft die Rede. In den ersten Monaten dieses Jahres befaßte sich das Amt mit 534 neuen Fällen – 60 mehr als zur gleichen Zeit im Vorjahr. 1987 und 1988 hat es zusammen 2064 Fusionen gegeben, davon 1159 im letzten Jahr. In 600 Fällen kam der Erwerber aus dem Ausland (124mal aus den USA).

Seit 1983 hat sich die Zahl der Fusionen verdoppelt. Bei zwei Dritteln aller Fälle waren in den letzten beiden Jahren die Erwerber Großunternehmen mit mehr als zwei Milliarden Umsatz.

Das Kartellamt gibt bekannt, daß es seit Einführung der Fusionskontrolle 1973 79 Fusionen verboten habe. Damit sei es in 38 Fällen erfolgreich gewesen, acht seien noch ungeklärt, 28mal habe man eine Niederlage erlitten. 176 Fusionen seien im Vorfeld verhindert worden. Die Gesamtzahl der Fusionen im gleichen Zeitraum lag bei 9434. 1989 sind bisher drei Fusionen untersagt worden: Linde/Lansing, Mettla/Frapan und Daimler-Benz/MMB.

Das Bundeskartellamt beklagt erneut die fusionsfreudliche Rechtsprechung bezüglich der Konzentration im Handel. Durch die dort festgelegten Kriterien bestünden gegen Zusammenschlüsse in diesem Bereich fast keine Handhaben mehr; dementsprechend hoch ist das Fusionstempo im Handel. Im Berichtszeitraum wurden 550 Handelsunternehmen geschluckt; 94 Fusionen mit einem Umsatz von 28 Milliarden DM betreffen den Lebensmittelhandel, wobei größtenteils andere Lebensmittelhändler die Erwerber waren.

Unternehmenstransaktionen im Handel 1988

Vorgang	Umsatz (Mrd. DM)
Co op an Schweizer Bankverein	14,0
Allkauf SB an Viehof	5,0
Massa an Asko	3,7
Supermarkthandel an Haub/Rewe/Leibbrand	2,1
Garbey an Co op	1,6
Edeka Harz-Heide an Edeka Minden	1,0
Coutinho, Caro & Co an York	1,0
Kaiser + Kellermann an Rewe	0,9
Cory Coal (UK) an Veba Oel	0,8

(Quelle: Frankfurter Rundschau, 14. 6. 1989)

Für die Tätigkeit des BKA werden demnächst neue Rahmenbedingungen geschaffen. Zum einen soll noch in diesem Jahr die 5. Novelle zum GWB verabschiedet werden, zum anderen steht ebenfalls zum Jahresende eine Vereinheitlichung des Kartellrechts auf EG-Ebene an. Diskussionen um eine EG-Fusionskontrolle gibt es seit Anfang der siebziger Jahre. Angesichts des geplanten Binnenmarktes wurde sie akut. Zu befürchten ist, daß die Schwellen für ein Eingreifen so hoch gesetzt werden, daß Monopolfusionen weitgehend unbehelligt bleiben, sobald sie über den Rahmen eines einzelnen EG-Landes hinausgehen. Eventuelle schärfere nationale Gesetze (z. B. in der BRD) würden dann nur noch die kleineren Kapite erfassen.

Derzeit ist beabsichtigt, die Zuständigkeit der EG-Kommission zur Kontrolle für Fusionen ab fünf Milliarden Ecu (zehn Milliarden DM) Gesamtumsatz weltweit festzulegen; eine Senkung auf zwei Milliarden soll später folgen. Als zweite Schwellen soll ein EG-Umsatz von 400 Millionen Ecu gelten. Damit fielen ganze Staaten (z. B. Portugal und Griechenland) aus der EG-Fusionskontrolle heraus.

2.3 Die Rüstungsindustrie der Bundesrepublik

Die Umsätze der 33 größten Rüstungsunternehmen der Bundesrepublik, die zu 25 Konzernen gehören, veränderten sich insgesamt gegenüber 1986 zwar nur unbedeutend. Allerdings waren und sind gewaltige Strukturverschiebungen zwischen den einzelnen Branchen im Gange: Die Firmen der Rüstungselektronik erzielten gegenüber dem Vorjahr ein Wachstum von 600 Mio. DM oder 11,5 Prozent, während die Panzerbauer über 1 Mrd. oder 24 Prozent Umsatz einbüßen. Der Umsatzrückgang bei den Hauptpanzerfirmen Krauss-Maffei und Krupp-MaK (LEOPARD-Programm) setzte sich auch 1988 fort. Die Rüstungselektronik wurde erstmals zum umsatzstärksten Rüstungszweig – Ausdruck des beschleunigten Übergangs von quantitativer zu qualitativer Rüstung.

Nicht zufällig sind die drei umsatzgrößten Rüstungskonzerne, nämlich 1. Daimler mit seinen jetzt in der „Deutschen Aerospace AG“ zusammengefaßten Töchtern AEG, MTU und Dornier, 2. MBB und 3. Siemens, durchweg im hochtechnologischen Rüstungsbereich angesiedelt, der im Unterschied zur Panzer-, Rohrwaffen- und Munitionsindustrie die „moderne“ Generation der Waffensysteme prägt.

Genausowenig zufällig ist es, daß sich der Umsatzspitzenreiter Daimler den Umsatzzweiten, MBB, einverleibt, den eindeutigen Systemführer bei Flugzeugen und gelenkten Raketen. Das Rüstungsgesetz Daimler/MMB mit einem Rüstungsumsatz von 8 Mrd. ist nicht nur vom Umsatz her (Siemens als Zweiter hat 1,4 Mrd.) ein „Rüstungsgigant“. Sonder als Spezialist der High-Tech-Rüstung, der nicht bloß Zulieferer ist, sondern Konstrukteur und Endmonteur, wird Daimler/MMB über 70 Prozent der bundesdeutschen Rüstungsaufträge „kontrollieren“. Auch Siemens wird, nach erfolgreicher Übernahme der Radar- und anderer Rüstungsbereiche des britischen Plessey-Konzerns und evtl. der Deutschen Philips, seinen Rüstungsumsatz nahezu verdoppeln – auf etwa 2,5 Mrd. DM.

Hinter diesen beiden spektakulären Konzentrationsprozessen im Rüstungssektor ist der Versuch zu sehen, die bundesdeutschen Rüstungsproduzenten in ähnlich große Dimensionen zu bringen, wie sie die französischen und britischen Leitfirmen haben. Damit würden sich die Bedingungen für trilaterale Rüstungskooperationsprojekte verbessern und das Gewicht der westeuropäischen Rüstungswirtschaft gegenüber der dominierenden US-Konkurrenz erhöhen (vgl. Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 15, S. 145ff.).

Sowohl die Konzentrationsfälle Daimler/MMB und Siemens/GEC/Plessey, die eng mit dem Rüstungsprojekt „Jäger 90“ verknüpft sind, als auch die Stärkung der westeuropäischen Rüstungswirtschaft gefährden die europäische Sicherheit, anstatt sie zu erhöhen – von der durch die damit verbundenen steigenden Rüstungsausgaben hervorgerufenen ökonomischen Labilität einmal abgesehen.

Alternativen zum Aufrüstungskurs sind indessen nicht völlig unrealistisch, da dieser – wie das breite öffentliche Unbehagen gegenüber der Fusion Daimler/MMB zeigt – selbst innerhalb der führenden Wirtschaftskreise umstritten ist. Es sei darauf hingewiesen, daß die bundesdeutschen Großkonzerne ihre Geschäftsschwerpunkte eindeutig im zivilen Bereich haben. Selbst die 25 in der Tabelle angeführten Konzerne mit Rüstungsengagement erzielen im Durchschnitt nur 7,4 Prozent ihres Umsatzes durch Rüstungsprodukte bzw. 92,6 Prozent im Zivilbereich. Technisch machbar und wirtschaftlich tragbar ist für die führenden Konzerne unseres Landes die Rüstungskonversion allemal.

Die größten Rüstungsunternehmen 1987 (über 150 Mio. DM Rüstungsumsatz)

	Gesamt- umsatz 87 in Mio.	Rüstungs- umsatz 87 in Mio.	Rüstungs- anteil in v. H.	Branche
Daimler	67475	4762	7,1	
AEG	11660	2074	17,8	E
MTU	3018	1510	50,0	F, P
Dornier	1608	733	45,6	F
Daimler-Benz AG	41332	445	1,1	A

MBB	6098	3356	55,0	F
Siemens	51431	1400	2,7	E
Thyssen	26551	1380	5,2	
Blohm + Voss	1140 h	670 h	58,8	S
GB Th. Henschel	838	420	50,1	P
Th. Nordseew. GmbH	383 GL	195	50,1	S
Röchling-Rheinmetall	2986	1120	37,5	
Rheinmetall GmbH	964	964	100,0	M
Diehl	2174	1022	47,0	M
Wegmann-Gruppe ¹	874	820	93,8	P
Krauss-Maffei	1240	807	65,1	P
Krupp	14105	774	5,5	
At. Elektronik GmbH	598	420	70,2	E
Krupp MaK GmbH	650	304	46,8	P
SEL-Gruppe	5308	540	10,2	E
Deutsche Philips	8568	500	5,8	E
Salzgitter	9910	500	5,0	
HDW AG	940	435	46,3	S
Fr. Lürssen GmbH & Co	615	490	79,7	S
Rohde & Schwarz GmbH	802	400	49,9	E
Bodenseewerk	700	400	57,1	F
Feldmühle-Nobel	9802	330	3,4	
Dynamit Nobel AG	2909	330	11,3	M
MAN	14970	260	1,7	
Renk AG	221	150	67,9	P
Bosch	25365	250	1,0	
ANT GmbH/Teldix GmbH	1415	230	16,3	E
Klöckner	18568	230	1,2	
KHD Luftfahrtt. GmbH	188	178	94,7	F
C. Zeiss	3052	220	7,2	E
Honeywell	671	200	29,8	E
IVECO MAGIRUS AG	2001	200	10,0	A
Vulkan Werftenverbund	1536	190	12,4	S
IWKA Gruppe	1192	163	13,7	P
Heckler & Koch	300	150	50,0	M
Summe	276294	20464	7,4	

1 Nur die Kasseler Konzernunternehmen – ohne Gebr. Hotmann-Gruppe

Erläuterungen: Soweit hinter dem Namen nicht anders vermerkt, handelt es sich um Konzerne bzw. Unterkonzerne. Abweichungen zwischen Konzernwerten und Werten ihrer Tochterunternehmen kommen zustande, wenn der Rüstungsbereich eines Konzerns größer als sein Hauptrüstungsunternehmen ist. In der Summenzeile ergibt sich der 7,4-Prozent-Rüstungsanteil aus Rüstungsumsatz zu Gesamtumsatz im Konzern, nicht nur bei den Töchtern.

F = Fluggeräte, E = Elektronik, P = Panzer, S = Schiffbau, M = Munition und Waffen, A = Automobile. Bei der Branchenzuordnung handelt es sich um den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit.

h = hochgerechnet auf 12 Monate, da nur Daten über 9 Monate Rumpfgeschäftsjahr vorhanden. GB = Geschäftsbereich. GL = Gesamtleistung anstelle des Umsatzes.

Quellen: Presseveröffentlichungen (insbes. wehrtechnik, wehrdienst und Bundesanzeiger), Eigenermittlungen und -berechnungen, ZMF-Archiv.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Der Einfluß der im Jahre 1987 abgeschlossenen Tarifverträge über Lohn und Arbeitszeit mit dreijähriger Laufzeit in einigen großen Bereichen bestimmt immer noch die Entwicklung der Tarifeinkommen. Für 1989 waren dort zumeist tarifliche Einkommensverbesserungen zwischen 1,4 Prozent (Öffentlicher Dienst) und 2,5 Prozent (Metall) vorgesehen – Anhebungen, die unter der derzeitigen Inflationsrate liegen. Gleichzeitig traten zusätzliche Arbeitszeitverkürzungen zwischen einer halben und einer ganzen Wochenstunde in Kraft. Infolgedessen hat sich der Anstieg der Tarifeinkommen auf Monatsbasis verlangsamt.

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

1. VJ.	2. VJ.	1988	3. VJ.	4. VJ.	1. VJ.	2. VJ.	1989
+2,7	+2,8		+2,7	+2,7	+2,8	+2,5	

1 Auf Monatsbasis, in Prozent gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Die effektiven Einkommen sind allerdings etwas rascher gestiegen als die Tarifeinkommen – so lagen die durchschnittlichen Einkommen der abhängig Beschäftigten im ersten Vierteljahr 1989 um rund vier Prozent über dem Vorjahresstand. Dies hängt vor allem mit der gestiegenen Stundenzahl im Baugewerbe zusammen – dort wurden im ersten Vierteljahr fast 14 Prozent mehr Arbeitsstunden geleistet als im Vorjahr und ungefähr die Hälfte mehr als im ersten Quartal 1987. Außerdem steigt auch der Umfang der nichttariflichen Zulagen.

Trotzdem bestimmen die niedrigen Tariferhöhungen insgesamt das Tempo der Einkommensentwicklung, welches von der Konjunktur und den Gewinnen völlig abgekoppelt erscheint.

Reallohnentwicklung¹

	1. HJ. 1988	2. HJ. 1988	1. HJ. 1989	2. HJ. 1989
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+3,9	+3,6	+4,5	+4,5
Nettolohn- und -gehaltssumme	+4,1	+3,9	+3,5	+3,5
Je Beschäftigten	+3,4	+3,1	+2,5	+2,0
Inflationsrate	+1,0	+1,4	+2,9	+3,0
Realeinkommen je Beschäftigten	+2,4	+1,7	-0,4	-1,0

1 Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr

2 Prognose des DIW

(Quelle: DIW-Wochenbericht, 261-27/1989; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Die Kaufkraft der Arbeitseinkommen insgesamt stagniert trotz der glänzenden Konjunktur, die Reallöhne im Sinne der preisbereinigten Nettoarbeitseinkommen je Beschäftigten gehen leicht zurück. Die Verteilungsverhältnisse verschieben sich weiter rasch zugunsten der Gewinne. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI) erwartet für 1989 eine strukturbereinigte „Lohnquote“, die mit 64 Prozent weit hinter den Stand sogar der sechziger Jahre zurückgefallen ist. Welzmüller verweist in seiner Analyse der aktuellen Verteilungssituation (WSI-Mitteilungen 7/1989, S. 361ff.) auf den Stand der verteilungspolitischen Debatte, die vor dem Hintergrund der skandalösen Wirklichkeit erstaunlich gedämpft ist: „Merkwürdig ist ..., daß es kaum vehementere verteilungspolitische Auseinandersetzungen gibt“ (ebd., S. 374). In diesem Zusammenhang warnt er vor Vorstellungen, die inzwischen auch auf der konservativen Seite Zustimmung finden und die darauf hinauslaufen, die soziale „Asymmetrie“ durch Einmalzahlungen („Nachschlag“) etwas zu korrigieren. Solche Schritte könnten dazu führen, daß die kollektive Regelung von Arbeitseinkommen ausgehöhlt wird zugunsten von Regelungen, welche nur noch einen niedrigen Grundlohn tariflich garantieren und diesen durch konjunktur- und gewinnabhängige Zuschlüsse aufzubessern. Demgegenüber plädiert er für eine verteilungspolitische Initiative, in der Tarif-, Sozial- und Steuerpolitik verknüpft sind. „Gegenwärtig ist m. E. wieder eine gesamtirtschaftliche Konstellation gegeben, die zu mittelfristig angelegten materiellen Verbesserungen für die auf Erwerbstätigkeit angewiesenen Personen genutzt werden sollte“ (ebd., S. 375).

Er untersucht allerdings nicht die Frage, ob eine solche Strategie auch mobilisierungsfähig ist. So ist auch danach zu fragen, warum die Verteilungspolitik trotz der kraschen Ungerechtigkeiten gegenwärtig so wenig Mobilisierungskraft besitzt – offensichtlich reicht eine sich auf die Verbesserung der materiellen Situation der Beschäftigten beschränkende Betrachtungsweise derzeit nicht aus. Wie z. B. im abgelaufenen Konflikt in der Druckindustrie geschehen, erscheint eine Verknüpfung mit qualitativen, die Arbeits- und Lebensbedingungen im umfassenden Sinne einbeziehenden Momenten notwendig, um die Verteilungsgerechtigkeit wieder zum Gegenstand von sozialen Auseinandersetzungen werden zu lassen.

3.2 Preise

Die Preisentwicklung scheint sich im Sommer wieder etwas verlangsamt zu haben. Die „Inflationsrate“ bei den Verbraucherpreisen stagniert um drei Prozent, der Preisauftrieb auf den vorgelagerten Stufen läßt etwas nach. Vor allem haben sich die Importpreise wieder etwas stabilisiert, was sowohl mit dem Preisrückgang bei

einen wichtigen Rohstoffen (Erdöl, Kaffee) als auch mit der Stabilisierung des DM-Wechselkurses gegenüber dem Dollar zusammenhängt.

Lebenshaltung 1989¹

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
Januar	+1,1	+2,6
Februar	+0,3	+2,6
März	+0,2	+2,7
April	+0,6	+3,0
Mai	+0,2	+3,1
Juni	+2,0	+3,1
Juli	-0,2	+3,0

1 Alle Haushalte, Preisbasis 1980
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

Als besonders preistreibender Faktor haben sich in der letzten Zeit die Wohnungsmieten herausgebildet. Im Juni 1989 lag der Gesamtindex der Wohnungsmieten um 3,7 Prozent über dem Vorjahresstand, im sozialen Wohnungsbau erreichte die Steigerungsrate innerhalb der Jahresfrist sogar 4,8 Prozent. Zwischen 1980 und Mitte 1989 stiegen die Mieten deutlich stärker als die gesamte Lebenshaltung: Während der Mietindex (1980 = 100) den Wert von 136,5 erreichte, erhöhte sich der Geamtindex auf 126.

Trotzdem kann von einer allgemeinen Wiederbelebung inflationärer Tendenzen in der Bundesrepublik derzeit nicht die Rede sein, wie ein Blick auf einige weitere Preisindizes deutlich macht. Vor allem die industriellen Erzeugerpreise haben sich wieder etwas beruhigt.

Ausgewählte Preisindizes¹

	Industriepreise	Landwirtschaftl. Erzeugerpreise	Einzelhandelspreise	Importpreise
Januar	+2,9	+3,5	+1,5	+5,9
Februar	+3,1	+5,3	+1,6	+5,9
März	+3,4	+6,3	+1,9	+7,2
April	+3,5	+7,7	+2,0	+7,3
Mai	+3,4	+9,3	+2,1	+7,1
Juni	+3,0		+2,3	+5,3
Juli	+3,0			

1 1989, Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

In Bewegung gekommen sind dagegen die Nahrungsmittelpreise – die in den letzten Jahren fast stabilen Preise für die meisten Lebensmittel sind teilweise stark angestiegen. Vor dem Hintergrund einer teilweise niedrigeren landwirtschaftlichen Produktion ist es gelungen, die Talfahrt der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise zu stoppen. Der entsprechende Index erreichte zur Jahresmitte erstmals wieder den Stand von 1980.

3.3 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die günstige Konjunkturlage macht sich nun seit einiger Zeit auch am Arbeitsmarkt deutlich bemerkbar, wobei vor allem die Beschäftigung vergleichsweise kräftig ansteigt.

Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft (saisonbereinigt)¹

	1. VJ.	1988	2. VJ.	3. VJ.	4. VJ.	1. VJ. ²
Insgesamt	22866	22913	22953	23018	23140	
darunter:						
Produzierendes						
Gewerbe	9746	9733	9734	9748	9819	
Handel/Verkehr	4361	4366	4374	4377	4388	

Daß es insgesamt kaum Probleme gibt, Personal zu bekommen, zeigt die Relation zwischen der Zahl der neu gemeldeten offenen Stellen und jener der Arbeitsvermittlungen: So haben die Unternehmen im Juli 184 000 offene Stellen bei den Arbeitsämtern gemeldet (zwei Prozent mehr als im Vorjahr), im gleichen Zeitraum wurden 196 000 Stellen vermittelt (ein halbes Prozent weniger als im Vorjahr). Nach wie vor werden die meisten gemeldeten Stellen innerhalb weniger Wochen neu besetzt.

4 Gewerkschaftliche Kämpfe in der Diskussion

Nach dem Drucktarifkonflikt in einer traditionell streikerprobten Branche vom März 1989 entwickelten sich im Frühjahr und Frühsommer Arbeitskämpfe in zwei Bereichen, die aufgrund einer von Frauen und zugleich Angestellten geprägten Beschäftigungsstruktur und bisher geringer Organisations- und Kampfstärke eher als gewerkschaftliches Neuland gelten. Fast zeitgleich spitzten sich Tarifauseinandersetzungen im Einzelhandel und im Pflegebereich des Gesundheitswesens zu, in denen eine erstaunlich breite Mobilisierungsbereitschaft der Beschäftigten und ein großes Echo in Medien und Öffentlichkeit erreicht wurde. Beide Tarifbewegungen wurden durch das Engagement von Frauen geprägt, frauenspezifische Forderungen und Problemlagen spielten eine besondere Rolle.

4.1 Frauenstreiks im Einzelhandel

Nach über 12 Wochen Streiks in den Einzelhandelsbetrieben waren im Juli alle regionalen Tarifverträge erfolgreich abgeschlossen. Ausgangspunkt der Tarifbewegung war ein ganzes Paket von Forderungen gewesen, in dem neben Einkommensverbesserungen (zwischen 6 und 7 Prozent sowie Mindestbeträge) vor allem eine weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit sowie ein Ausbau von Sicherungen einer Normalarbeitszeit und eines Normalarbeitsverhältnisses verlangt wurden. So wurden u. a. mehr Rechte für die (fast ausschließlich weiblichen) Teilzeitarbeiter gefordert wie garantierte Arbeitszeiten, 4 Stunden Mindestarbeitszeit bzw. 20 Wochenstunden zur Erlangung des Sozialversicherungsschutzes, keine Arbeit auf Abruf usw. sowie Elternurlaub. Zentrale Forderung und zentraler Konfliktpunkt war die tarifliche Sicherung des bisherigen Arbeitszeitstandards von 18,30 Uhr, die durch die Änderung des Ladenöffnungszeitgesetzes vom Juni d. J. durch die Regierungskoalition mit der ab Oktober möglichen Verlängerung der Ladenöffnung an Donnerstagen bis 20,30 Uhr eine besondere politische Brisanz gewann.

Daß in dieser Tarifbewegung die spezifische Problemlage der weiblichen Einzelhandelsbeschäftigte im Mittelpunkt stehen sollte, hatte der HBV-Hauptvorstand schon im Dezember 1988 mit dem Aktionsschwerpunkt „Tarifbewegung/politische Kampagne Handel/Frauenförderung“ festgelegt, dessen Motto lautete: „Wir wollen beides: Arbeit und Leben – Beruf und Familie / HBV ruft zur Solidarität mit den Frauen und allen Arbeitnehmern im Handel auf.“

Struktur und Problemlagen im Einzelhandel

In den insgesamt 335 000 Einzelhandelsunternehmen, die Großkaufhäuser wie Zehntausende Kleinstläden umfassen, arbeiten 2,3 Millionen Erwerbstätige einschließlich der Firmeninhaber, mithelfenden Familienangehörigen bis zur Grauzone der nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigten Teilzeitarbeiter. Die letzte Gruppe umfaßt allein 280 000 Frauen, die als sogenannte 450-DM-Kräfte in ungeschützten Arbeitsverhältnissen tätig sind und weder Anspruch auf Kranken- noch Arbeitslosenversicherung haben. Hinzu kommen 371 000 sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeiter, so daß insgesamt ca. 650 000 in Teilzeitverhältnissen arbeiten; das sind etwa ein Drittel aller im Einzelhandel Beschäftigten. Fast alle Teilzeitarbeiter sind Frauen (97 Prozent). Der Anteil der Frauen an allen Beschäftigten beträgt 67 Prozent. Die meisten sind als Verkäuferinnen tätig. Die Löhne und Gehälter im Einzelhandel hinken

selbst bei Vollzeitbeschäftigung den Einkommen in anderen Wirtschaftsbereichen weit hinterher, wobei Frauen insbesondere in den unteren Leistungsgruppen konzentriert sind. Differenzierungen und Spaltungen innerhalb der Belegschaften verlaufen also im wesentlichen entlang der Geschlechter- und Qualifikationslinie.

Beschäftigte im Einzelhandel 1987 (in Tsd.) (nur sozialversicherungspflichtige)

	Insgesamt	Vollzeit	Teilzeit
Beschäftigte	1727,7	1356,2	371,5
davon:			
– Frauen	1156,7 (67%)	796,8 (58,8%)	359,9 (96,9%)
– Männer	571,0	559,4	11,6

(Quelle: StBA, Fachserie 1, Reihe 4.2, eigene Berechnungen)

Die Zwangsstruktur geschlechtlicher Arbeitsteilung, die aufgrund der häuslichen Verpflichtungen Frauen nur eingeschränkt über ihre Lohnarbeitskraft verfügen läßt und damit einen Diskriminierungszyklus stabilisiert, drängt diese zuallererst in ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse. 80 Prozent der Teilzeitbeschäftigte sind verheiratet, die Hälfte hat Kinder zu versorgen – damit sind die besonderen Belastungen dieser Frauen schon angegedeutet. Viele von ihnen müssen nach dem System „Arbeit auf Abruf“ arbeiten, das durch oftmals kurzfristige Personaleinsatzplanungen Familien- und Freizeitgestaltung besonders beeinträchtigt (vgl. Dienst am Kunden? Der Handel zwischen Flexibilisierung und Ladenschluß, Hamburg 1987).

Die vorläufige sozialstatistische Aufgliederung der Beschäftigtenstruktur vermittelte schon ein erstes Bild über Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen im Einzelhandel, die – wie oftmals Frauenarbeit – bisher zu weiten Bereichen außerhalb der Sicherungen eines Normalarbeitsverhältnisses liegen. Durch rigoros Personalabbau bei Zunahme der Verkaufsflächen ist die Intensität der Arbeit in den letzten Jahren erheblich erhöht worden, die vielfach (z. B. bei Kassiererinnen) durch monotone Fließband- und körperliche Schwerstarbeit charakterisiert ist. Besondere Belastungen ergeben sich im Einzelhandel aus der Arbeitszeitstruktur, aus Dauer und Lage der Arbeitszeit (Wochenarbeitszeit: seit 1971 40 Stunden, seit 1986 38,5 Stunden), die sich innerhalb der Ladenöffnungszeiten (64,5 Stunden, bei langem Samstag 68,5 Stunden) verteilt und sich stark nach Kundenfrequenzen richtet.

Der Protest gegen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten (an Donnerstagen) fand unter den weiblichen Beschäftigten eine starke Resonanz. Weitere Verkürzung der Arbeitszeit, bessere Planbarkeit und sozialer Schutz für Teilzeitarbeit erwiesen sich als populäre Forderungen, die den frauenspezifischen Problemlagen Rechnung tragen. Zudem gelang es der Gewerkschaft HBV während der Tarifbewegung, das Problem der (Frauen-)Arbeitsbedingungen im Handel in breitem Ausmaß in Öffentlichkeit und Medien zu thematisieren. Damit verbesserten sich trotz der schlechten Organisationsverhältnisse die Ausgangsbedingungen für Arbeitskampfmaßnahmen.

Der Organisationsgrad von HBV liegt im gesamten Einzelhandel zwischen 10 und 20 Prozent. Der Handel stellt den eindeutigen Schwerpunkt der HBV-Organisationskraft dar (69 Prozent aller Mitglieder). Ohne exakte Vergleichszahlen der DAG anführen zu können, ist HBV zweifellos die dynamischere Wachstumsgewerkschaft. Mit der Betriebsgröße nimmt der Organisationsgrad zu, so daß er in vielen Großkaufhäusern über 50 Prozent, bis in Einzelfällen sogar 90 Prozent erreicht. In insgesamt etwa 8 000 Unternehmen bestehen Betriebsräte, in denen HBV 67,3 Prozent der Mandate erringen konnte (1987). Der Frauenanteil in den Betriebsräten, der insgesamt im HBV-Organisationsbereich von 37 Prozent (1984) auf 41 Prozent (1987) gesteigert werden konnte, beträgt im Einzelhandel ungefähr die Hälfte. Schwach organisiert und kaum in den Betriebsräten vertreten ist die Gruppe der Teilzeitbeschäftigte, vor allem der „Pauschalkräfte“.

Arbeitskampfablauf

Erstmals hatten 1978 umfangreiche Warnstreikaktionen im Handel stattgefunden, die in den folgenden Jahren zu einem häufiger angewandten Druckmittel während der Tarifbewegungen wurden.

1985 – ein Jahr nach dem Arbeitskampf um Arbeitszeitverkürzung bei Metall und Druck – gab es in fast 150 Einzelhandelsbetrieben Streiks, mit denen ebenfalls die 38,5-Stunden-Woche durchgesetzt werden konnte. Die diesjährigen Streiks zogen sich über einen Zeitraum von über 12 Wochen hin und waren über fast alle HBV-Landesbezirke verteilt. Sie begannen mit Warnstreiks ab April und Mai und kulminierten in Schwerpunktstreiks, die zumeist einen Tag, zum Teil aber auch erstmals bis zu drei Tagen (in Bremen) dauerten. Insgesamt beteiligten sich über 80 000 Kolleginnen und Kollegen an Arbeitskampfmaßnahmen, darunter 9 000 neu gewonnene Mitglieder.

Arbeitskampf im Einzelhandel 1989:

280 Warnstreiks ca. 30 000 TeilnehmerInnen

360 Urabstimmungen

350 Schwerpunktstreiks ca. 50 000 TeilnehmerInnen

Kern der HBV-Arbeitskampfstrategie war eine „flexible Tagesstreiktaktik“, nach der rollierende Arbeitskampfmaßnahmen mit einem Überraschungsmoment die Betriebe trafen und einen abgestuften und koordinierten Druck ermöglichen. Zugleich besaßen die Streiks vor den Toren der Kaufhäuser, SB-Warenmärkte etc. und in den Fußgängerzonen einen hohen demonstrativen Effekt – insbesondere gegenüber den Kunden – und waren mit Straßendemonstrationen und -kundgebungen verknüpft, durch die auch die schwer organisierbaren Beschäftigten kleinerer Geschäfte angesprochen und einbezogen werden konnten. Kulturpolitische Aktivitäten unterschiedlicher Art wie Musikfeste, „gemeinsames Frühstück im Freien“ usw. prägten die neuen Formen dieses Arbeitskampfes an vielen Orten. Ein zentrales Motto vieler Aktionen lautete: „Wir wollen beides: Arbeit und Leben, Beruf und Familie.“ Die Streiks waren insbesondere durch das in diesem Ausmaß neue Engagement der Frauen bestimmt. „Das war ein Frauenkampf, das war ein Frauenstreik in erster Linie“ (Kollege Thiel, Geschäftsführer von HBV in Bremen, Interview in UZ vom 24. 7. 1989). Einschüchterungsmaßnahmen vor allem männlicher Vorgesetzter wirkten weniger als bei früheren Streiks. Die aufgrund intensiver Öffentlichkeits- und Medienarbeit vorwiegend positive Resonanz in der Bevölkerung stabilisierte die Streikfront.

Tarifabschlüsse

Unterschiedliche Interessenlinien zeigten sich innerhalb des Einzelhandels an der Frage der Verlängerung der Ladenöffnungszeiten, die ins Zentrum der Tarifauseinandersetzungen gerückt war. Während SB-Warenhäuser, Verbrauchermarkte und Lebensmittelketten mit relativ geringem Personalkostenanteil auf eine Verlängerung der Öffnungszeiten drängten, waren für die personalintensiven Bereiche der Kaufhäuser und des Facheinzelhandels die mit einem Abendverkauf verbundenen Kostenerhöhungen eher Gründe für eine Ablehnung eines Dienstleistungsabends. An dieser Interessendifferenz konnte der Druck der Gewerkschaft ansetzen. Spielräume für Kompromisse ergaben sich auch aus den zunehmenden Schwierigkeiten der Einzelhandelsunternehmen, qualifizierten Nachwuchs an Arbeitskräften für den Einzelhandel zu gewinnen.

Die regionalen Tarifabschlüsse zeigen mit nur einer Ausnahme, daß über Gehalts- und Lohnerhöhungen hinaus beachtliche Regelungen zur Arbeitszeit und zur Teilzeitarbeit durchgesetzt werden konnten. Die Ausnahme stellt Westberlin dar, wo der HBV-Landesbezirk schon im April ausschließlich Einkommenserhöhungen und eine Arbeitszeitverkürzung auf 37 Stunden ab 1. 7. 1990 vereinbart. In bezug auf das Arbeitsende wurde im September 1988 in Westberlin nach zahlreichen Aktionen ein „Stillhalteabkommen“ abgeschlossen.

Die übrigen Tarifabschlüsse enthalten folgende wichtige Elemente:

– Die Gehälter und Löhne werden mit einer zweijährigen Laufzeit um 3,9 Prozent und 3,4 Prozent erhöht. Für die unteren Berufsjahre der unteren Gehaltsgruppen wurden zum Teil höhere Mindestbeträge vereinbart.

– Die Wochenarbeitszeit wird ab 1. 1. 1991 auf 37,5 Stunden verkürzt.

– In bezug auf das Arbeitszeitende wurde ein Kompromiß in Form einer Protokollnotiz zum Manteltarifvertrag gefunden, nach dem die Arbeitszeit im Verkauf auch nach Inkrafttreten des Gesetzes über den Dienstleistungsabend im Oktober regelmäßig um 18,30 Uhr, dem derzeitigen gesetzlichen Ladenschluß, enden soll. Ausnahmen sollen im wesentlichen nur bei „wettbewerbsbedingten Nachteilen“ möglich sein, die durch eine Spätöffnung durch nichttarifgebundene Konkurrenzbetriebe entstehen. Solche Ausnahmen werden durch entsprechende Zuschlagsregelungen allerdings sehr teuer für die Unternehmen. Die Gewerkschaft HBV versucht nun, mit allen nichttarifgebundenen Einzelhandelsunternehmen Haustarifverträge abzuschließen. Dazu zählen z. B. Großunternehmen wie die Massa AG, Wertkauf GmbH und C & A u. a.

– Erstmals gelang es HBV, wichtige Eckpunkte der Regelung von Teilzeitarbeit tariflich, und nicht nur auf der Ebene von Betriebsvereinbarungen, durchzusetzen. So wurden in einer Reihe von Ländern Mindestarbeitszeiten von 20 Wochenstunden und 4 Stunden täglich sowie die 5-Tage-Woche als Regel vereinbart. Damit dürften KAPOVAZ und besonders schlimme Formen ungeschützter Arbeitsverhältnisse weitgehend eingeschränkt sein.

– Zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf wurden Regelungen zu einem vierjährigen Elternurlaub mit Rückkehrgarantie auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz abgeschlossen.

Insbesondere die letzten beiden Elemente zur Teilzeitregelung und zum Elternurlaub nehmen frauenspezifische Interessenlagen auf. Indem Regelungsdefizite auf einem Sektor eingeschränkt werden, der in besonderer Weise zum Exerzierfeld für Flexibilisierung in allen Formen geworden ist, und tarifliche Mindestbedingungen und Elemente einer Gleichbehandlung durchgesetzt werden, die sich nicht wie bisher ausschließlich an männlichen Lebensentwürfen und Berufsverläufen orientieren, wird der Zerfasierung und Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses entgegengewirkt. Mit einer solchen arbeitszeitpolitischen Perspektive, die auch die weitere allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit voraussetzt, kann ein Beitrag zur Erneuerung des Normalarbeitsverhältnisses geleistet werden (vgl. hierzu K. Pickhaus, Das Flexibilisierungskonzept des Kapitals und die Perspektive des Kampfes um das Normalarbeitsverhältnis, in: druck und papier 7/1989, S. 22ff.).

4.2 Tarifbewegung im Pflegebereich

Erstmals in der Geschichte der Gewerkschaft ÖTV fand im Frühjahr 1989 eine eigenständige Tarifbewegung in der Kranken- und Altenpflege statt. Ende Januar hatten sich die öffentlichen Arbeitgeber bereit erklärt, Tarifverhandlungen über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen aufzunehmen; Ende Februar 1989 begannen die Verhandlungen, die nach sieben Runden und begleitet von Warnstreiks am 3. Juni 1989 endeten. Die Gewerkschaft ÖTV hatte von Beginn an ihre Forderungen in einen gesundheitspolitischen Zusammenhang gestellt: Die seit einiger Zeit geführte Diskussion um den „Pflegenotstand“ in Krankenhäusern und Altenheimen, die bereits im vergangenen Jahr in Protestveranstaltungen im Pflegebereich gemündet war, bildete den Hintergrund für die Begründung der ÖTV-Verhandlungsziele: „Die Entscheidung für einen Beruf in Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen soll durch die Verbesserung beruflicher Perspektiven erleichtert werden. Der gesellschaftliche Wert der Pflege kranker und pflegebedürftiger alter Menschen soll gerecht entlohnt werden“, hieß es in einer Tarifinformation (Nr. 1/1989) der ÖTV. Zentrale Forderung der Gewerkschaft war die deutliche Verbesserung der tariflichen Eingruppierung des Kranken- und Altenpflegepersonals. Dabei sollten sowohl die unterste Vergütungsgruppe gestrichen und die nächsthöheren angehoben als auch Zeitaufstiege (Höhergruppierung nach gestaffelter Beschäftigungsdauer) durchgesetzt werden. Für die Beschäftigten in der Altenpflege ging es um den erstmaligen Abschluß von Eingruppierungs-Tarifverträgen überhaupt. Schließlich sollten die 1986 abgesenkten Ausbildungsvergütungen in der Krankenpflege ebenfalls deutlich erhöht werden.

Die ÖTV trug mit diesen Forderungen veränderten Rahmenbedingungen im stationären Pflegesektor Rechnung:

- Das als „traditionell weiblich“ angesehene Ideal des „Helfens“ und „Dienens“, das jahrhundertelang konstitutiv für die (Frauen-) Arbeit in der Pflege war, beginnt zu zerbröckeln. Weder ist die Kranken- und Altenpflege heute noch ein reiner Frauenberuf (Männeranteil ca. 15 Prozent), noch verstehen sich die in der Kranken- und Altenpflege Arbeitenden länger als vorrangig karitativ Tätige, wenngleich dieses Moment – allein schon aufgrund des spezifischen Arbeits„objekts“ kranker/alter/hilfebedürftiger Mensch – auch heute noch eine gewisse Rolle spielt.
- Die Angehörigen der Krankenpflegeberufe sind heute formal relativ hoch qualifiziert (große Anteile mittlerer und höherer Schulabschlüsse, z. T. Studienerfahrungen) und spezialisiert (stark ausgeprägtes berufliches Fort- und Weiterbildungsverhalten). Gleichwohl bleiben die Pflegeberufe insofern „Sackgassenberufe“, als sie zwar bescheidene vertikale, aber keine horizontale berufliche Mobilität erlauben: So ist in der Kranken- und Altenpflege allenfalls der Aufstieg in Funktionsstellen möglich, die Spezialisierung in der Krankenpflege und die starke Krankenhauszentrierte Ausbildung erlaubt jedoch kaum den Wechsel in benachbarte Gesundheitsberufe. Hohe Berufswechsleraten sind u.a. die Folge.
- Tatsächlich fällt es Krankenhäusern, insbesondere in einigen Ballungszentren, derzeit schwer, zu den üblichen Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen überhaupt noch Nachwuchs- und Arbeitskräfte zu finden, um Ausbildungsplätze und freie Planstellen besetzen zu können. Hinzu kommt, daß die Krankenhäuser und Pflegeheime wegen völlig überholter Stellenschlüssel ohnehin personell chronisch unterbesetzt sind. Beides zusammen macht den vielbeschworenen Pflegenotstand aus, der nur dann zu beheben ist, wenn sowohl genügend Pflegekräfte auf dem Arbeitsmarkt verfügbar sind und wenn gleichzeitig in den Krankenhäusern von realistischen Stellenbesetzungsschlüsseln ausgegangen wird. Während ersteres möglicherweise über die nachhaltige Verbesserung der Einkommensbedingungen zu stimulieren, also tarifpolitisch zu beeinflussen ist, unterliegt die Personalplanung anderen politischen Regelungsmechanismen, nämlich Verhandlungen zwischen Krankenhausträgern und Krankenkassen nach Maßgabe zentral gesetzter gesundheitspolitischer Vorgaben.

Die Gewerkschaft ÖTV konnte einen Tarifabschluß durchsetzen, den sie zwar selbst zu ihren größten Erfolgen zählt, dessen Einzelergebnisse in den Krankenhäusern aber z.T. als nicht weitreichend genug angesehen werden. So konnten die Eingruppierungen für die Beschäftigten in der Kranken- und Altenpflege sowie in der Geburtshilfe deutlich verbessert werden; Zeiten der Berufsausübung werden künftig bei allen Aufstiegsmöglichkeiten voll angerechnet. Im Ergebnis kann ein großer Teil des Pflegepersonals davon ausgehen, sofort höhergruppiert zu werden. Außerdem wurden Zulagen von bis zu 150 DM monatlich für Beschäftigte im Schicht- und Wechselschichtdienst vereinbart; die Zuschläge für Nachtarbeit konnten erhöht werden. Dagegen gelang es nicht, die Absenkung der Ausbildungsvergütung rückgängig zu machen; der entsprechende Tarifvertrag läuft noch bis Ende 1990.

Die Kritik an diesem Abschluß richtet sich in erster Linie dagegen, daß für einzelne Gruppen unter den Beschäftigten in der Pflege kaum etwas, für andere dagegen relativ viel herausgeholt wurde. Offenbar fällt es insbesondere den höher qualifizierten Beschäftigten in der Krankenpflege schwer zu akzeptieren, daß die formal geringer qualifizierten Pflegekräfte in der Grund- und Behandlungspflege (sowie in der Altenpflege) verhältnismäßig deutliche Höhergruppierungen erfahren, während Pflegepersonal in Funktionsdiensten (OPs, Anästhesie, Intensivpflege) und an Krankenpflegeschulen gemessen daran schlechter wegkommen. Als Manko des Abschlusses wird ebenfalls die Bindung der Höhergruppierung in vielen Bereichen der Pflege an eine relativ lange Berufsverweildauer empfunden.

Die Kritik an dem erreichten Abschluß muß vor dem Hintergrund der Dynamik der Tarifbewegung selbst gesehen werden. Als sicher kann gelten, daß die erzielten Ergebnisse ohne eine breite Warnstreikbewegung – die Gewerkschaft ÖTV spricht von 50000 Beteiligten – nicht hätten durchgesetzt werden können. In diesen Warn-

streiks war eine für den Pflegebereich bislang einmalige Mobilisierung erreicht worden, und zwar besonders auch unter den qualifizierten Kräften sowie teilweise auch gewerkschaftlich Nichtorganisierten. Zu beachten ist ferner, daß es in dieser Tarifrunde erstmals zu – regional unterschiedlich intensiv geführten – Warnstreiks in einem Organisationsbereich der ÖTV kam, der – angesichts eines notorisch geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrads unter den Beschäftigten in der Pflege verständlich – nicht zu den traditionellen Schwerpunkten der Arbeit dieser Gewerkschaft zählt. Insfern kann die diesjährige Tarifbewegung im Pflegebereich als ein wichtiger Erfolg angesehen werden: Denn zum einen ist es nach Jahrzehnten erstmals gelungen, in der traditionellen Tabuzone Krankenhaus eine kämpferische Tarifrunde zu initiieren, an der sich auch die berufsständischen Pflegeorganisationen (die gar, wie der Deutsche Berufsverband für Krankenpflege, zum Warnstreik aufriefen) beteiligten; zum anderen konnte die Gewerkschaft ÖTV in dieser Tarifrunde einen Schritt auf dem Weg zur Gewinnung der Meinungsführerschaft gegenüber den berufsständischen Pflegeorganisationen tun – ein Erfolg, der angesichts der teilweise harten Kritik aus den Krankenhäusern nach der Tarifrunde allerdings wieder bedroht erscheint. Hier wird es darauf ankommen, ob und wie es der ÖTV in den nächsten Monaten gelingt, die andere Seite der Bewältigung des Pflegenotstandes (Verbesserung des Stellenschlüssels in den Krankenhäusern; Aufwertung des Berufsbildes in der Pflege usw.) durch praktische Aktionen anzugehen. Eine disziplinäre Kampagne hat die ÖTV bereits angekündigt.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1.

Verfasser: Winfried Schwarz, Klaus Pickhaus.
Der Abschnitt 1.1 wurde von Elvio Dal Bosco, der Abschnitt 2 von Gert Hautsch und der Abschnitt 4.2 von Klaus Priester verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 20. 8. 1989. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr. 18, Postfach 900749, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementpreis von 48,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 4,- DM, Jahresabonnement 15,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.